

**Erkenntnisse im Zusammenhang mit politisch
motivierten Gewalttaten und rechtsextremistischen
Tendenzen bzw. Aktivitäten in Ahrensburg**

Ahrensburg, Dezember 2011

1. Auftrag

Sozialausschuss und Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss haben die Verwaltung beauftragt, über Erkenntnisse im Zusammenhang mit politisch motivierten Gewalttaten und extremistische Tendenzen bzw. Aktivitäten in Ahrensburg sowie präventive Maßnahmen zu berichten.

Der Bericht soll zu den Ausschussberatungen im Januar 2012 vorliegen.

2. Anlass

Vorübergehende verstärkte Plakatierung rechtsextremistischer Parolen an Stromkästen und Laternenpfählen in Ahrensburg veranlassten die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu dem Antrag, die Stadt Ahrensburg möge dem Antirassistischen Bündnis Stormarn (ARABUES) beitreten.

Der Antrag fand in den Ausschüssen und in der Stadtverordnetenversammlung nicht die erforderliche Mehrheit.

Zunehmende Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen Betreibern und Besuchern des Jugendzentrums 42 und mutmaßlich rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen hatten öffentliche Diskussionen über evtl. rechtsextremistische und/oder gewaltorientierte Gefahrenpotenziale in Ahrensburg zur Folge.

3. Vorgehensweise

Ausgewertet wurden

- der Verfassungsschutzbericht des Innenministeriums Schleswig-Holstein für das Jahr 2010,
- Erkenntnisse der Polizei Ahrensburg,
- Erkenntnisse der Ordnungsbehörde,
- Erkenntnisse der Schulen,
- Erkenntnisse der Verwaltung, Fachdienst "Jugendpflege".

Erkenntnisse der Staatsschutzabteilungen des Landeskriminalamtes waren nicht zugänglich.

Die Auswertung wurde auftragsgemäß beschränkt auf die Darstellung von Erkenntnissen zu rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten, Tendenzen und Aktivitäten in Ahrensburg.

4. Rechtsextremismus – Begriffsbestimmung

"Unter dem Begriff "Rechtsextremismus" sind Bestrebungen zu verstehen, die das Prinzip der fundamentalen Freiheit und Gleichheit aller Menschen ablehnen.

Rechtsextremisten streben eine politische Ordnung an, in der sowohl für den Staat als auch für den Einzelnen die ethnische oder rassische Zugehörigkeit eines Menschen die größte Bedeutung hat und der alle anderen Interessen und Werte, auch Menschen- und Bürgerrechte, untergeordnet werden ("Ideologie der Volksgemeinschaft"). Das rechts-extremistische Weltbild wird von nationalistischen und rassistischen Anschauungen geprägt. Zudem ist offener oder immanenter Antisemitismus oftmals Bestandteil rechtsextremistischer Bestrebungen."

(Quelle: Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein)

5. Verfassungsschutzbericht 2010

Der Verfassungsschutzbericht führt zur Bewertung der Gesamtsituation in Schleswig-Holstein zu „Rechtsextremistische Bestrebungen“ Folgendes aus:

„In Schleswig-Holstein ist die Zahl der Rechtsextremisten von 1.455 auf 1.340 zurückgegangen. Rückläufig war auch die öffentliche Präsenz des Rechtsextremismus. Die Ursachen hierfür sind vielschichtig. Den auffälligsten Rückgang gab es bei den Angehörigen der rechtsextremistisch orientierten Subkulturgruppen. Sie stellen mit etwa 640 Personen nach wie vor den größten Teil des aktionistischen Teils des Rechtsextremismus. Aufgrund der seit mehreren Jahren erkennbar nachlassenden Politisierung dieser Szene, die in der Vergangenheit zum großen Teil aus so genannten Skinheads bestand, kommt dieser Rückgang nicht unerwartet. Vielfach stehen der Konsum rechtsextremistischer Musik und die unpolitische Freizeitgestaltung völlig im Vordergrund.“

Die damit einhergehende politische Abstinenz dürfte für die offenkundige Erfolglosigkeit schleswig-holsteinischer Rechtsextremisten bei öffentlichen Aktivitäten im Berichtsjahr die wichtigste Rolle gespielt haben.“ (Seite 18)

Zum Kreis Stormarn wird festgestellt:

Nachdem dieser Kreis (Stormarn) lange Jahre zu einer der schleswig-holsteinischen Regionen gehörte, die unterdurchschnittlich von rechtsextremistischen Bestrebungen betroffen waren, konnten 2010 erstmals lose rechtsextremistische Strukturen festgestellt werden. Ausgangspunkt dieser Entwicklung waren die seit Ende 2009 zunehmenden Konflikte zwischen „links“- und „rechtsorientierten“ Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kreisgebiet, die ihren vorläufigen Höhepunkt in einer gewalttätigen Auseinandersetzung am 29. Mai und einer sich am 19. Juni anschließenden Veranstaltung der rechtsextremistischen Szene gefunden haben: Ursächlich für die Zuspitzung der Situation war die Tatsache, dass Personen allein aufgrund ihres Aussehens, ihrer Kontakte, Freundschaften oder des familiären Hintergrundes vom jeweiligen politischen Gegner dem „feindlichen“ politischen Lager zugeordnet wurden. Um Schutz vor der jeweils „feindlichen“ Gruppe zu erlangen setzte eine Polarisierung ein (Seite 50).

Ahrensburg speziell wird in dem Bericht nicht erwähnt.

Aufgrund der aktuellen Erkenntnisse um die "Zwickauer Zelle" hat der schleswig-holsteinische Innenminister zugesagt, die möglichen Verbindungen zu Schleswig-Holsteins Rechtsradikalen untersuchen zu lassen. Zurzeit gäbe es jedoch keine Hinweise dazu (Ahrensburger Zeitung vom 15.11.11).

6. Polizeiliche Erkenntnisse Ahrensburg

Polizeilich bekannt in Ahrensburg ist eine "handvoll" junger Menschen, die dem rechtsextremistischen Spektrum zuzurechnen sind.

Über evtl. rechtsextremistische Organisationsstrukturen in Ahrensburg liegen keine Erkenntnisse vor.

7. Erkenntnisse der Ordnungsbehörde

In Ahrensburg wurden bisher weder Demonstrationzüge oder Informationsstände rechtsextremistischer Parteien, Organisationen oder Gruppierungen angemeldet noch durchgeführt.

8. Erkenntnisse der Schulen

Verteilaktionen von rechtsextremen Propagandamaterial vor Schulen, wie aus anderen Städten bekannt, wurden in Ahrensburg nicht registriert.

Generell herrscht an den Ahrensburger Schulen eine Null-Toleranz-Regel gegenüber rechtsextremistischen Äußerungen.

9. Erkenntnisse des Fachdienstes "Jugendpflege"

In den Jahren 1998/1999 waren teils massive Probleme mit rechtsextremistisch orientierten "Skins" im Stadtteil Hagen zu verzeichnen, insbesondere an der als regelmäßiger Treffpunkt genutzten Bushaltestelle.

Durch intensive Begleitung, Beratung und Betreuung der betreffenden Jugendlichen ist es gelungen, die Situation durch Integration der Jugendlichen in den Jugendtreff Hagen deutlich zu beruhigen. Vergleichbare Entwicklungen konnten seitens der Jugendeinrichtungen im Stadtgebiet seither nicht mehr verzeichnet werden.

10. Maßnahmen

10.1 Repressive Maßnahmen

Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole

Bei Bekanntwerden strafrechtlich relevanter Vorfälle im Sinne des § 86 a des Strafgesetzbuches (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) werden diese von der Polizei bzw. Staatsanwaltschaft verfolgt. Die im September in der Innenstadt festgestellten SS-Schmierereien wurden von der Polizei dokumentiert und bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht.

Plakate und Aufkleber rechtsextremistischen Inhalts werden, sobald die Verwaltung Kenntnis davon erhält, vom Bauhof entfernt.

Konsequente Erstattung von Anzeige

Zwischenfälle jeglicher Art, die einen rechtsextremistischen Hintergrund vermuten lassen, sollten unverzüglich zur Anzeige gebracht werden.

10.2 Präventive Maßnahmen

Gewerbliche Mietverträge

Der Bürgermeister hat den Vermietern gewerblich genutzter Räume Musterformulierungen für Mietverträge zur Verfügung gestellt und empfohlen, diese als Klauseln in ihre Verträge aufzunehmen, um den Verkauf von Modemarken der rechtsextremistischen Szene von vornherein auszuschließen.

Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus

Der Fachdienst Jugendpflege steht in Kontakt mit der beim Innenministerium angesiedelten Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus. Diese Stelle bietet Unterstützung bei einschlägigen Bildungsangeboten und berät Opfer und aussteigungswillige Rechtsextremisten.

Bildungsangebote finden sich bei der VHS Ahrensburg

Fachdienst Jugendpflege/Jugendeinrichtungen/Schulsozialarbeit

Die Stadt Ahrensburg bietet ein breit gefächertes Angebot für Kinder und Jugendliche. Sie betreibt eigene Einrichtungen und unterstützt Freie Träger der Jugendhilfe bei ihrer Arbeit.

10.3 Politische Aufklärung/Bildungsangebote

Schulen der Stadt Ahrensburg

Im Kreis der Schulleiter besteht Einvernehmen, durch entsprechende Bildungsangebote im Rahmen des pädagogischen Auftrages der Entwicklung rechtsextremistischen Gedankenguts frühzeitig entgegenzuwirken.

Volkshochschule Ahrensburg

Mit der Ausstellung „**Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen**“ des Julius-Leber-Forums im BBH (April 2011) wurde bereits über rechtsextremistische Bestrebungen aufgeklärt. Eingeladen waren alle Schulklassen der weiterführenden Schulen. Die Ausstellung kann bei Bedarf erneut angeboten werden.

Folgende neue Termine plant die VHS:

1. Buchvorstellung „Mädelsache“ mit Andreas Speit (TAZ) und Miriam Gläser:
Mi., 29.02.2012, Stadtbücherei, 18:30 Uhr
2. Rechtsextremismus bei uns? Neue Formen der extremen Rechten:
Mi., 23.05.2012, Peter-Rantzau-Haus, 18:30 Uhr

11. Besondere Problematik „Internet“

Eine umfassende und konsequente Überwachung des Internet ist - abgesehen von rechtlichen Fragestellungen – nicht leistbar.

Einträge, Blogs, Plattformen, Webseiten und Foren mit rechtsextremistischen Inhalten sollten unverzüglich dem Landeskriminalamt gemeldet werden.

Nach derzeitigem Kenntnisstand wird die Internetseite „Autonome nationale Sozialisten Stormarn“ von einer nicht im Kreis Stormarn wohnenden Einzelperson betrieben.

12. Fazit / Handlungsempfehlungen

Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse zugänglicher Quellen ist festzustellen, dass es entgegen abweichender subjektiver Eindrücke z. Z. keine Hinweise auf fest strukturierte rechtsextremistische Organisationen im Kreis Stormarn gibt. Dies gilt somit auch für die Stadt Ahrensburg. Der Verfassungsschutz stellt 2010 erstmals lose rechtsextremistische Strukturen im Kreis Stormarn fest.

Auch wenn in Ahrensburg – wie auch in anderen Städten und Gemeinden – vermutlich eine über bekannte Personen, die rechtsextremistischen Gedankengeist äußern, hinausgehende Zahl von Menschen leben, die diesem Gedankengut anhängen, so gibt es derzeit für die Stadt Ahrensburg selbst auf lose rechtsextremistische Strukturen keine konkreten Hinweise.

Vielmehr scheinen die Erkenntnisse in und für Ahrensburg die Bewertung des Verfassungsschutzes zu bestätigen, dass seit Ende 2009 zunehmend Konflikte zwischen links- und rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu verzeichnen sind.

Um einer Verfestigung derartiger Konflikte, dem Entstehen auch nur loser rechtsextremistischer Strukturen, politisch motivierten Gewalttaten und extremistischen Tendenzen und Aktivitäten in Ahrensburg wirksam zu begegnen, wird die Verwaltung konsequent an den vorgenannten Maßnahmen festhalten und diese nach Kräften intensivieren. Sie sieht sich damit im Einklang mit der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Resolution gegen jede Art von Gewalt, Extremismus und Terrorismus. Sie ist dabei auf die Mithilfe aller demokratischen Kräfte angewiesen und bittet daher alle Ahrensburgerinnen und Ahrensburger um aufmerksame Beobachtung und sofortige Information über Vorfälle jeglicher Art, die extremistische Hintergründe haben könnten.

Besondere Aufmerksamkeit sollte dem Internet gewidmet werden, da weder Verfassungsschutz noch Polizei, noch Verwaltung zu umfassenden Recherchen in der Lage sind. Die Verwaltung wird im Rahmen der rechtlich zulässigen Möglichkeiten jeder öffentlichen Verbreitung extremistischen, terroristischen oder Gewalt verherrlichenden Gedankengutes entgegenwirken.